



Zwischen Verdrängungswettbewerb und solidarischer Gesellschaft Soziale Gerechtigkeit aus Sicht Jugendlicher

Dr. Beate Großegger

Wien, 2015

Foto-Credits: Daniel Wisniewski, Fenja Eisenhauer, Freyja Schimkus, Tobias Mittmann / www.jugendfotos.at

© Institut für Jugendkulturforschung
Alserbachstraße 18 / 7. OG / 1090 Wien
Tel. +43 / (0)1 / 532 67 95
E-Mail: bgrossegger@jugendkultur.at

Inhalt

I. Gerechtigkeitsüberzeugungen zwischen ethischem Prinzip und Gerechte-Welt-Glauben	3
II. Soziale Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit: lebensweltliche Sicht Jugendlicher	6
III. Exkurs: Wie sozial benachteiligte Jugendliche auf eine gerechte Gesellschaft blicken	9
IV. „Gefahr von rechts“ im Kontext der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit	11
V. Generationensolidarität als Frage der sozialen Gerechtigkeit	13
Literatur	16

Autorinnen-Info

Institut für Jugendkulturforschung – about

Zwischen Verdrängungswettbewerb und solidarischer Gesellschaft

Soziale Gerechtigkeit aus Sicht Jugendlicher

Beate Großegger

Im frühen 21. Jahrhundert herrscht Krisenstimmung. Seit den späten Nullerjahren hat eine Abfolge von Wirtschafts-, Finanzmarkt-, Euro- und Schuldenkrisen in breiten Bevölkerungsschichten zu Verunsicherung geführt. Viele haben den Eindruck, die Gesellschaft zerfalle mehr und mehr in eine Gruppe von GewinnerInnen und eine von VerliererInnen, die soziale Stufenleiter werde glitschiger und die Kluft zwischen Arm und Reich größer. Auch Jugendliche empfinden das so. Die vierte österreichische Jugend-Wertestudie (Institut für Jugendkulturforschung 2012) zeigt, dass 70 Prozent der jungen ÖsterreicherInnen im Alter von 14 bis 29 Jahren meinen, in Österreich würden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Immerhin 55 Prozent der jungen ÖsterreicherInnen sagen: „In Österreich werden immer mehr Menschen an den Rand gedrängt“.¹

Tatsächlich scheint der soziale Absturz heute von überall aus möglich; Vermögensrücklagen, Bildungstitel und Bekanntschaft mit den „richtigen“ Leuten, sprich: nützliche Netzwerkkontakte, bedeuten zwar nach wie vor einen gewissen Schutz. Doch die Zahl derer, die sich im Laufe ihres Lebens zumindest auf befristete Armutspassagen einstellen müssen, wächst und das Vertrauen der Menschen, dass ihr persönlicher Lebensverlauf im Positiven wie im Negativen im Rahmen erwartbarer Wahrscheinlichkeiten bleiben wird, schwindet (vgl. Bude 2008, S. 33). In einem derartigen gesellschaftlichen Szenario rückt die „soziale Frage“, die viele bereits als überholt erachteten, bei der breiten Mehrheit der jungen Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt. Bei einem Teil der Jugendlichen, vor allem bei jenen, die sich selbst auf der gesellschaftlichen VerliererInnenseite sehen, entsteht das Gefühl, dass sie einem scharfen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind, was, wie die Forschung zeigt, in einer Abwehrreaktion zu Stigmatisierung von Menschen, die sich in einer vergleichbar prekären Sozialposition befinden, führen kann. Persönlich erlittene Benachteiligung und

¹ Die Daten zeigen, dass die Sensibilität für soziale Bruchkanten in unserer Gesellschaft mit dem Alter steigt: Zustimmung zur Aussage „In Österreich werden die Reichen immer Reicher und die Armen immer ärmer“ (stimme sehr/eher zu – Top-2-Boxes auf Skala 1 bis 4) in der Altersgruppe der 14- bis 19-jährigen: 60,1 Prozent, in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen: 72,8 Prozent, in der Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen: 77,1 Prozent; Zustimmung zur Aussage „In Österreich werden immer mehr Menschen an den Rand gedrängt“ (stimme sehr/eher zu – Top-2-Boxes auf Skala 1 bis 4) in der Altersgruppe der 14- bis 19-jährigen: 48,9 Prozent, in der Altersgruppe der 20- bis 24-jährigen: 55,1 Prozent, in der Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen: 61,9 Prozent.

subjektiv empfundene soziale Ungerechtigkeit münden dann häufig direkt in eine unsolidarische Haltung gegenüber schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft.

Aus Sicht der Jugendforschung interessiert, wie Jugendliche „soziale Gerechtigkeit“ im Kontext ihrer lebensweltlichen Erfahrungen interpretieren, was sie unter einer „gerechten Gesellschaft“ verstehen, und inwieweit sie sich von der öffentlichen Debatte rund um Verteilungsgerechtigkeit angesprochen fühlen. In gewisser Hinsicht spielt hier auch das Thema „Generationengerechtigkeit“ mit hinein, wenngleich es dabei nicht um soziale Gerechtigkeit in Echtzeit, sondern – im Sinne der Generationenvertrags – um eine phasenverschobene Tauschgerechtigkeit geht. Wichtige Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung der Jugendforschung mit diesen Themenaspekten bieten einerseits die politische Philosophie und andererseits die psychologische Gerechtigkeitsforschung.

I. Gerechtigkeitsüberzeugungen zwischen ethischem Prinzip und Gerechte-Welt-Glauben

Die politische Philosophie diskutiert soziale Gerechtigkeit als ethisches Prinzip und moralisches Leitkonzept für Recht, Staat und Politik (vgl. Höffe 2010, S. 305), wobei eine klare Trennlinie zwischen einer (vom Individuum zu erbringenden) altruistischen Haltung gegenüber benachteiligten Bevölkerungsgruppen und einer (im Gesellschaftssystem verankerten) sozialen Gerechtigkeit gezogen wird. Im Unterschied zur Wohltätigkeit, die auf Mitleid und Großzügigkeit baut, wird Gerechtigkeit als etwas verstanden, das man sich gegenseitig schuldet: „Wohltätigkeit können wir uns von den anderen erbitten, Gerechtigkeit dagegen verlangen; über mangelnde Großzügigkeit ist man enttäuscht, über fehlende Gerechtigkeit empört man sich“ (Höffe 2010, S. 306).

Die Debatte um distributive, also Ressourcen verteilende Gerechtigkeit, kurz: Verteilungsgerechtigkeit, wird politisch kontrovers geführt und ist von unterschiedlichen, teils auch strikt gegenläufigen weltanschaulichen Positionen bestimmt. In diesem Zusammenhang lassen sich vier Grundprinzipien, aus denen Gerechtigkeitskonzepte begründet werden, unterscheiden: Leistung, Anrecht, Gleichheit und Bedarf. Ein Gerechtigkeitsbegriff, der beim Leistungsprinzip ansetzt, ist dem Wirtschaftsliberalismus verpflichtet und argumentiert wettbewerbsorientiert, d.h. der rechtmäßige Anteil an Gütern ist an individuelle Anstrengung, sprich: Leistung, gebunden. Ein Gerechtigkeitsbegriff, der beim Anrechtsprinzip ansetzt, beruht hingegen auf der Grundauffassung ererbter oder erworbener Rechte; hier wird also nicht leistungsabhängig, sondern abhängig von gesellschaftlichen Zuschreibungen gegenüber bestimmten Personen bzw. Personengruppen argumentiert (als Beispiel

wäre die politische Argumentationslinie der FPÖ, die sich als „Inländerpartei“ positioniert und die alteingesessenen ÖsterreicherInnen nach dem Anrechtsprinzip gegenüber der Zuwanderungsbevölkerung bevorzugt, zu nennen). Ein Gerechtigkeitsbegriff, der das Gleichheitsprinzip akzentuiert, zielt hingegen auf gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter und wird in einer schwächeren Variante heute oft im Sinne von Chancengleichheit verstanden. Im Gegensatz dazu betont das Bedarfsprinzip die Sicherung von Grundbedürfnissen und sieht es als Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, in einkommensschwachen und armen Bevölkerungsschichten die wichtigsten Grundbedürfnisse über Sozialtransfers zu decken – und zwar weitgehend unabhängig von Leistung oder auch Herkunft derjenigen, die diese Transfers in Anspruch nehmen (vgl. Klein/Zick 2010, S. 120f).

In der politischen Praxis begegnet man diesen vier Grundtypen meist nicht in Reinform, sondern es entstehen häufig Mischtypen bzw. Kompromisse. Beispielsweise zeigt sich das Bedarfsprinzip sowohl mit dem Leistungsprinzip als auch (unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit) mit dem Gleichheitsprinzip kompatibel: Das Bedarfsprinzip beinhaltet nämlich einerseits egalitäre Aspekte, „da es für eine gleiche Ausstattung aller Individuen bis zu einem bestimmten Niveau argumentiert. (...) Gleichzeitig erscheint es aber mit dem Leistungsprinzip kompatibel, wenn es (a) zur Herstellung von Chancengleichheit in Stellung gebracht wird, auf deren Basis dann das Leistungsprinzip Geltung beanspruchen kann, oder (b) als Kompromiß zwischen der Umsetzung des Leistungs- bzw. des egalitären Prinzips in Reinform betrachtet wird“ (Klein/Zick 2010: 122f). Während im Bereich der Verteilungsgerechtigkeit unterschiedliche weltanschauliche Positionen zum Teil hart aufeinander prallen, besteht hinsichtlich des Prinzips der Tauschgerechtigkeit, das dem Generationenvertrag zugrunde gelegt ist, weitgehende Einigkeit. Als gerecht gilt, wenn „ein Tausch nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit im Nehmen und Geben gerecht ist“ (Höffe 2010, S. 307).

Anders als die politische Philosophie beschäftigt sich die Gerechtigkeitspsychologie nicht mit grundlegenden Überlegungen zu ethischen Prinzipien, sondern mit der Frage, ob und, wenn ja, wie diese im Alltag der Menschen Platz finden. Melvin J. Lerner hat bereits in den 1980er Jahren gefragt, warum reiche Gesellschaften es zulassen, dass Menschen in ihrer Mitte unter unzureichenden materiellen, sozialen und gesundheitlichen Bedingungen leben müssen und in diesem Zusammenhang die so genannte „Gerechte-Welt-Hypothese“ formuliert. Die „Gerechte-Welt-Hypothese“ besagt, dass der Glaube an eine gerechte Welt (belief in a just world) den Menschen erlaubt, ihre Welt als geordnet zu erleben; dies gibt Vertrauen und Sicherheit und wird als zentral für gelingende Lebensgestaltung gesehen (vgl. Dalbert/Zick/Krause 2010, S. 88f). Grundsätzlich tritt der „Gerechte-Welt-Glaube“ in zwei Formen in Erscheinung:

einerseits als Glaube an eine persönlich gerechte Welt, andererseits als Glaube an eine allgemein gerechte Welt.

Menschen, die an eine persönlich gerechte Welt glauben, glauben zugleich auch, sie würden selbst gerecht behandelt. Die Überzeugung steht mit dem Streben nach Gerechtigkeit im eigenen Handeln in einem positiven Zusammenhang. Das heißt, je stärker jemand daran glaubt, dass die Dinge im eigenen Leben gerecht sind, desto geringer ist die Neigung zu feindseligen Aussagen gegenüber Fremden allgemein und gängigen Feindbilder wie „den Juden“, „dem Islam“, aber auch Frauen, behinderten oder homosexuellen Menschen im Speziellen (vgl. Dalbert/Zick/Krause 2010, S. 98). Was die Forschung weiters zeigt, ist, dass Menschen in privilegierteren Lebenssituationen ausgeprägter an Gerechtigkeit im eigenen Leben glauben (und diesbezüglich wohl auch eher konkrete Gerechtigkeitserfahrungen machen; vgl. Dalbert/Zick/Krause 2010, S. 102). Der Glaube an eine allgemein gerechte Welt hat hingegen völlig andere Implikationen: Er begünstigt die Auffassung, dass Menschen in benachteiligten Lagen nicht Opfer sozialer Ungerechtigkeit seien, sondern – da die Gesellschaft ja grundsätzlich gerecht ist – an ihrer misslichen Lage selbst schuld seien, beispielsweise weil sie sich einfach zu wenig bemüht haben. Diese Grundhaltung korrespondiert also in gewisser Weise mit dem normativen Leistungsgedanken und geht demnach vermutlich häufig auch mit einer Abwertung von Gruppen, die in der öffentlichen Debatte mit geringer Leistungsbereitschaft verbunden werden, einher. Besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose, aber auch ZuwandererInnen (vgl. Klein/Zick 2010, S. 131).

Mit Bierhoff (2002, S. 189) ist davon auszugehen, dass Menschen mit einem egalitären Gerechtigkeitsbegriff einer moralischen Sichtweise folgen, „die den Anspruch hervorruft, sich in Übereinstimmung mit Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit zu verhalten.“ Wer dem Glauben an eine generell gerechte Welt folgt, akzentuiert hingegen die Norm der Selbstverantwortlichkeit – frei nach dem Motto: „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ – und tendiert eher zu der Überzeugung, dass benachteiligte Personen ihr Schicksal selbst verschulden. Wobei die psychologische Gerechtigkeitsforschung betont, dass Menschen, wenn sie eine Ungerechtigkeit beobachten und selbst die Möglichkeit haben, das Unrecht zu beenden, dazu tendieren, aktiv zu werden, um für diejenigen, denen Ungerechtigkeit widerfahren ist, Gerechtigkeit wieder herzustellen. Wenn sie jedoch überzeugt sind, dass sie die bestehende Ungerechtigkeit nicht korrigieren bzw. beseitigen können, reagieren sie hingegen häufig anders, etwa indem sie das Ausmaß des erlittenen Unrechts bagatellisieren und das Opfer abwerten, beispielsweise indem sie Betroffenen vorwerfen, sie seien an ihrem Schicksal selber schuld (vgl. Dalbert/Zick/Krause 2010, S. 90).

II. Soziale Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit: lebensweltliche Sicht Jugendlicher

Unsere persönlichen Einstellungen gegenüber Gerechtigkeitsprinzipien stehen immer in einem bestimmten gesellschaftlichen Kontext und sind Folge der Sozialisation durch die politische Kultur wie auch durch die im Gemeinwesen als gültig verankerten Standards. Es ist also davon auszugehen, dass Jugendliche ihr Gerechtigkeitsempfinden stark abhängig von gesellschaftlich dominanten Ordnungsvorstellungen und beeinflusst vom gesellschaftspolitischen Zeitgeist, politischen Diskursen und gesellschaftlichen Leitideologien ausbilden. Spricht man mit der heutigen Jugend über Verteilungsgerechtigkeit und fragt man danach, ob ärmere Menschen vom Staat so viel Geld bekommen sollten, dass ihr Lebensunterhalt gesichert ist, oder auch, ob das Geld von den Reichen zu den Armen umverteilt werden sollte, reagieren die meisten nicht grundsätzlich ablehnend, doch sie empfinden diese Fragen als sehr abstrakt und können sie nicht so ohne weiteres mit ihren alltäglichen Erfahrungen in Beziehung setzen. Was auffällt, ist, dass bei Jugendlichen eine leistungsindividualistische Werteprägung in Kombination mit einer klar konturierten Betroffenheitsperspektive die Auseinandersetzung mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ dominiert. Das heißt, Jugendliche fragen sich: „Was bedeuten politische Forderungen, die sich die Gerechtigkeit auf die Fahne schreiben, für mich und mein nahes persönliches Umfeld?“ Als Leitsatz gilt für sie in diesem Zusammenhang: „Gerecht ist, dass (auch) ich die Chance habe, aus meinem Leben etwas zu machen.“

Grundsatzpolitische Überlegungen hinsichtlich einer sozial gerechten Gesellschaft werden selten angestellt. Und das Vokabular, in dem sich die Politik über die Verteilungsgerechtigkeit verständigt, ist zumindest im Teenageralter vielen noch fremd. Sich auf einer breiteren gesellschaftspolitischen Ebene über soziale Gerechtigkeit Gedanken zu machen, diesen Luxus leisten sich wenn überhaupt, dann am ehesten Jugendliche aus den Bildungsschichten. Ihre Überlegungen zielen allerdings nicht – wie in der klassischen Verteilungsdebatte der Fall – auf einen sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich bzw. zwischen jenen Bevölkerungsgruppen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weit oben, und jenen, die weit unten stehen. Sie richten ihren Blick vorzugsweise auf so genannte „neue Formen sozialer Ungleichheit“, also beispielsweise die Benachteiligung von gesellschaftlichen Minderheiten, ZuwandererInnen und – wenn es um Jobperspektiven geht – auch die von Frauen. Jugendliche aus weniger privilegierten Milieus leiten ihre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit hingegen vorrangig aus konkreten Alltagserfahrungen, Hoffnungen, aber auch Ängsten und teils auch aus subjektivem Benachteiligungsempfinden ab. Mit anderen Worten: Sie akzentuieren sehr stark die Betroffenenperspektive.

Typisch für junge Menschen ist, dass sie in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen Chancengerechtigkeit betonen, also ein Konzept, das mit Klein/Zick (2010) als abgeschwächte Variante des Egalitätsprinzips verstanden werden kann. Dies zeigt die vom Institut für Jugendkulturforschung (2011b) durchgeführte Studie „Jugend und Zeitgeist: Wie denken und leben 16- bis 19-jährige?“, die auf einer Repräsentativumfrage unter jungen WienerInnen basiert. Den befragten Jugendlichen war es mehrheitlich wichtig, dass alle Menschen in Österreich die gleichen Chancen haben, auf der sozialen Stufenleiter empor zu steigen und dass auch alle, die Erwerbsarbeit anstreben, die Chance haben, einen guten Job zu finden. Weibliche Jugendliche sahen es darüber hinaus (deutlich stärker als männliche Jugendliche) als Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass Frauen bei gleichwertiger Arbeit gleich viel verdienen wie Männer (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Soziale Gerechtigkeit aus Sicht 16- bis 19-jähriger WienerInnen

Frage: Heute wird oft über „soziale Gerechtigkeit“ gesprochen. Man kann darunter Verschiedenes verstehen. Was bedeutet soziale Gerechtigkeit für dich? (Mehrfachnennungen möglich)

Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass ...	16 bis 19 gesamt	Geschlecht		Bildungsstand	
		männlich	weiblich	Ausb. ohne Matura	Ausb. mit Matura
Frauen (bei gleichwertiger Arbeit) gleich viel verdienen wie Männer	64,4	47,5	81,0	72,2	44,9
alle Menschen in Österreich die gleichen Chancen haben, auf der sozialen Stufenleiter empor zu steigen	60,8	56,0	66,0	63,9	51,7
alle die Chance haben, einen guten Job zu finden	58,9	57,0	60,5	62,1	46,6
Minderheiten nicht diskriminiert werden	58,0	52,0	64,5	65,5	40,7
jeder die Ausbildung machen kann, die er will, ohne dafür zahlen zu müssen	45,5	40,0	51,5	47,0	36,4
Zuwanderer die gleichen Chancen haben wie Österreicher	42,1	38,0	46,0	46,0	32,2
das Geld von den Reichen zu den Armen umverteilt wird	33,2	43,0	23,5	33,7	28,8
ärmere Leute vom Staat so viel Geld bekommen, dass ihr Lebensunterhalt gesichert ist	32,3	29,0	35,5	35,9	24,6
die Gesamtschule eingeführt wird	12,0	16,0	8,5	11,3	15,3
nichts davon	2,3	3,5	,5	2,0	3,4
Basis	400	200	200	249	118

Institut für Jugendkulturforschung (2011): Jugend und Zeitgeist: Wie denken und leben 16- bis 19-jährige?, rep. für 16- bis 19-jährige WienerInnen, n=400, Angaben in Prozent

Klein/Zick (2010: 123ff) orten in den Gerechtigkeitsüberzeugungen heute grundsätzlich eine zunehmende Orientierung am Leistungsprinzip. Auch die Gerechtigkeitsüberlegungen Jugendlicher spiegeln dies deutlich. Der Zugang, den Jugendliche zu

„sozialer Gerechtigkeit“ finden, fordert Chancen für jedermann, verpflichtet jede und jeden Einzelnen zugleich aber auch dazu, diese Chancen auch zu nutzen und durch eigenes Zutun, sprich: eigene Leistung, etwas aus seinem Leben zu machen. Dies entspricht im Wesentlichen dem Ansatz, den BefürworterInnen der so genannten „aktivierenden Politik“ verfolgen. „Aktivierende Politik“ heißt, dass sich der Staat in seiner Versorgerrolle zurücknimmt. Damit sollen die explosiv steigenden Kosten für Sozialtransfers in den Griff gebracht, die Sozialbudgets entlastet und der Wohlfahrtsstaat in einer abgeschlankten Form auch für die kommenden Generationen gesichert werden. Diesem Konzept zufolge werden die wichtigsten Grundbedürfnisse nur im echten Bedarfsfall wohlfahrtsstaatlich gedeckt. Ansonsten sollen die Menschen stärker dazu angehalten werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Der Weg zu einer sozial gerechten Gesellschaft wird hier also in einem Kompromiss zwischen bedarfsorientierter Unterstützung und Leistungsgerechtigkeit gesehen. Für jede und jeden Einzelnen heißt das, der Solidargemeinschaft nicht unnötig auf der Tasche zu liegen, sondern sich anzustrengen, individuelle Möglichkeiten zu nutzen und die Hürden, die sich einem im Leben stellen, mit hohem Einsatz und entsprechendem Leistungsbewusstsein zu nehmen. Wer nichts aus seinem Leben macht, ist – dieser Denke zufolge – einfach zu faul oder es fehlt ihm die Willenskraft, und wer in finanzielle Not gerät, ist daran selbst schuld: diejenigen, die es nicht schaffen, haben sich einfach zu wenig bemüht. Die Wiener Jugendstudie „Jugend und Zeitgeist: Wie denken und leben 16- bis 19-jährige?“ (Institut für Jugendkulturforschung 2011b) deutet an, dass sich diese Denke, die dem Slogan „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ folgt, immerhin bei einem guten Drittel der Jugendlichen fest in die Köpfe eingeschrieben hat.

Im Rahmen der Studie wurden 16- bis 19-jährige WienerInnen gefragt, warum es ihrer Meinung nach in Österreich Menschen gibt, die in finanzielle Not geraten, und sie wurden gebeten, sich für eine der folgenden vier Antwortmöglichkeiten zu entscheiden: wegen Faulheit und Mangel an Willenskraft, wegen Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft, weil es ein unvermeidbarer Bestandteil des modernen Fortschritts ist oder weil sie kein Glück haben. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: An erster Stelle wurde „Faulheit und Mangel an Willenskraft“ genannt (36 Prozent), erst an zweiter Stelle kam das Argument „Wegen Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft“ (21,3 Prozent), gefolgt von „Das ist ein unvermeidbarer Bestandteil des modernen Fortschritts“ (16 Prozent) und „Weil sie kein Glück haben“ (6,8 Prozent). Die Differenz auf 100 Prozent entfällt auf die Antwortoptionen „nichts davon“ (6,3 Prozent) und „keine Angabe“ (13,8 Prozent).

Jugendliche, die den Leistungsindividualismus als gesellschaftlichen Leitwert anerkennen und sich um ihr eigenes Fortkommen bemühen, entwickeln häufig ein eigentümliches Tellerranddenken: Sie konzentrieren sich auf ihre eigenen Chancen und

glauben, dass alle Mitglieder unserer Gesellschaft, unabhängig von ihrer Sozialposition und Ressourcenlage, gute Möglichkeiten vorfinden, um aus sich und ihrem Leben etwas zu machen. Diese Jugendlichen hängen dem Glauben an eine allgemein gerechte Welt an und zeigen daher häufig wenig Verständnis und auch wenig Mitgefühl für Menschen, die nicht aus selbstverschuldeten Gründen in eine prekäre Lage geraten sind.

III. Exkurs: Wie sozial benachteiligte Jugendliche auf eine gerechte Gesellschaft blicken

Junge Menschen, die in prekären Lagen aufwachsen, werden in der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit als Zielgruppe gesehen. Wie sie selbst über soziale Gerechtigkeit denken, darüber weiß man bislang allerdings wenig. Umso interessanter sind die Ergebnisse der qualitativen Begleitstudie zu „Pimp Your Life“, einem Jugendprojekt, das sich zum Ziel machte, unternehmerisches Denken in der Gruppe benachteiligter Jugendlicher zu fördern. Sie erlaubt nämlich zumindest einen kleinen Einblick in lebensweltliche Lesarten sozialer Gerechtigkeit im Segment sozial benachteiligter Jugendlicher² (Institut für Jugendkulturforschung/Großegger 2012, S. 32f).

Was sich im Rahmen dieser qualitativ angelegten Studie deutlich zeigte, ist, dass die projektbeteiligten Jugendlichen in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen ganz klar das egalitäre Prinzip sowie das Bedarfsprinzip akzentuierten. Sie interpretierten soziale Gerechtigkeit im Sinne von Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit und betonten, dass es gerecht sei, wenn „alle gleich viel wert sind“. Sie forderten darüber hinaus einen Ausgleich zwischen Arm und Reich, frei nach dem Motto „Ärmere Leute sollen mehr Geld haben“, und traten für das Umverteilungsprinzip ein. Und sie artikulierten den Wunsch nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Menschen in benachteiligten Lebenslagen entgegen wirken, so dass diese sich nicht ganz so benachteiligt fühlen (müssen). Abgesehen davon wünschten sich die Mädchen einen stärker geschlechtergerechten Arbeitsmarkt auch und gerade im Niedrigqualifikationsbereich. ProjektteilnehmerInnen mit Migrationshintergrund traten zudem für bessere Berufschancen für MigrantInnen ein – in der Sprache betroffener Jugendlicher heißt das, „dass ein Schwarzer genauso behandelt wird wie ein Weißer oder ein Ausländer wie ein Österreicher – jetzt ist es so: nur weil er Ausländer ist, muss er Toiletten putzen gehen“ (Institut für Jugendkulturforschung/Großegger 2012, S. 32f).

² Über die Projektlaufzeit von einem Jahr wurden mit den Jugendprojektgruppen „Pimp Your Life Wels“ (OO), „Pimp Your Life Wolfsberg“ (Ktn) sowie „Pimp Your Life Schwechat“ (NÖ) in drei Wellen Gruppendiskussionen sowie fokussierte Einzelinterviews mit projektbeteiligten Jugendlichen (gesamt: neun Gruppendiskussionen und 12 fokussierte Interviews) sowie Online-Interviews mit den Jugend-Coaches (gesamt: neun Online-Interviews) durchgeführt. Die Jugendprojekte wurden von der Unruhe Privatstiftung initiiert und gefördert. Die vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführte Begleitstudie wurde von der Erste Stiftung finanziert.

Doch wenngleich das egalitäre Prinzip in den Gerechtigkeitsüberzeugungen dieser Jugendlichen eine herausragende Rolle spielt, findet unter bestimmten Voraussetzungen auch das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit Platz. Als Grundregel gilt: Diejenigen, die arbeiten können, sollen arbeiten und nicht den SteuerzahlerInnen auf der Tasche liegen. Diejenigen, die ganz und gar nicht können, sollen hingegen vom Staat erhalten werden. Alles in allem treten diese Jugendlichen für ein Konzept ein, das Chancengleichheit, Leistungsbereitschaft (der Leistungsfähigen) und Bedarfsorientierung (im Falle der Leistungsunfähigen) akzentuiert. Gesamtgesellschaftlich wünschen sie sich mehr Solidarität von Seiten Wohlhabender mit Menschen, die in ökonomisch prekären Lagen leben müssen. Gegenüber dem Wohlfahrtsstaat zeigen sie hingegen keine übermäßig fordernde Haltung. Und sie haben auch kaum konkrete Vorstellungen, was die Sozialpolitik für sie tun könnte. „Dass alle zufrieden sind, ist schwierig, aber dass keiner auf der Straße leben muss, haben wir hinbekommen“, so bringt ein Projektteilnehmer aus der Gruppe „Pimp Your Life Wolfsberg“ die hier vorherrschende Einstellung zum Wohlfahrtsstaat auf den Punkt (Institut für Jugendkulturforschung/Großegger 2012, S. 32).

Ihre persönlichen Lebenschancen machen diese Jugendlichen übrigens vor allem am Bildungserfolg, an gelungener Erwerbsintegration und den damit verbundenen Chancen auf soziale Aufwärtsmobilität fest. Eine stabile Wirtschaft wird von ihnen als wichtige Kontextbedingung gesehen, um einen hart erarbeiteten Lebensstandard halten zu können. Fragt man sie, wo anzusetzen wäre, um ihre Zukunftschancen zu verbessern, formulieren sie zögerlich einen Forderungskatalog: Erstens braucht es aus ihrer Sicht Maßnahmen im Bereich der Bildungsförderung, die bildungsbenachteiligten Jugendlichen besser gerecht werden und auch Lernleistungsschwächere (neben einem stärker an den speziellen Bedürfnissen dieser Zielgruppe orientierten Unterricht in den Pflichtschulen ist berufschulbegleitend Gratis-Nachhilfe und Lernförderung anzudenken); zweitens braucht es arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegen Lehrstellenknappheit sowie spezielle Ausbildungsangebote für Jugendliche, die keine betriebliche Lehrstelle finden: ohne das explizit so zu benennen, sprechen die Jugendlichen hier die überbetriebliche Lehrausbildung und das Konzept der Ausbildungsgarantie an; drittens wären mehr Förderungen für Betriebe, die Jugendliche in integrativer Lehre ausbilden sowie eine generell bessere Vorbereitung bzw. Schulung von lehrlingsausbildenden Betrieben im Umgang mit benachteiligten Jugendlichen aus Sicht betroffener junger Menschen wünschenswert und schließlich viertens treten sie dafür ein, dass Unternehmen bei der Personalauswahl im Niedrigqualifikationsbereich weniger noten- bzw. zertifikatsorientiert und dafür stärker motivationsorientiert agieren.

IV. „Gefahr von rechts“ im Kontext der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit

In Zeiten, in denen das soziale Klima rauer wird und immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass sie von den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht profitieren, sondern eher zu den VerliererInnen des sozialen Wandels zählen, besteht die Gefahr, dass sich die Gerechtigkeitsdebatte unheilvoll mit Wettbewerbsängsten verknüpft. Die Krisen der letzten Jahre hinterlassen in der Grundstimmung der Bevölkerung deutliche Spuren. Die existenzielle Unsicherheit wächst und vor allem in stark verunsicherten Bevölkerungsgruppen lässt sich eine Tendenz zu Entsolidarisierung beobachten. Im Rahmen des deutschen GMF-Survey wurde dieses Phänomen eingehend untersucht. Andreas Zick und Andreas Hövermann (2010) konnten nachweisen, dass das Empfinden, durch die Wirtschafts- und Finanzkrise existenziell bedroht zu sein, zu Vorurteilsneigung gegenüber Fremdgruppen führt – und zwar vermittelt über das Gefühl einer Benachteiligung der Eigengruppe; die Vorurteilsneigung mündet in der Folge in eine Entsolidarisierung mit Bevölkerungsgruppen, die auf der sozialen Stufenleiter weit unten stehen, beispielsweise SozialhilfeempfängerInnen oder auch MigrantInnen. „Die Gruppen, die abgewertet werden bzw. von denen sich andere entsolidarisieren, sind in der Regel jene, die leistungsschwach, nutzlos oder besonders belastend wahrgenommen oder in der Öffentlichkeit als solche dargestellt werden“ (Zick/Hövermann 2010, S. 106). In Bevölkerungsgruppen, die sich von der (Wirtschafts- und Finanz-)Krise bedroht fühlen, ist eine Zunahme von fremdenfeindlichen Einstellungen zu beobachten, was u.a. darauf zurückzuführen ist, „dass ‚Ausländer‘ in den Medien häufig als Menschen inszeniert werden, die kriminell sind, den Sozialstaat ausnutzen und den ‚Deutschen‘ die Arbeitsplätze wegnehmen (...)“ (Becker/Wagner/Christ 2010, S. 139). Zudem zeigt sich, dass ärmere Menschen generell eher zur Abwertung von ZuwandererInnen neigen als ökonomisch besser Gestellte. „Sie scheinen dies vor allem deshalb zu tun, weil sie ihre eigene Lage als schlecht beurteilen und sich im Vergleich zu anderen benachteiligt fühlen“ (Küpper/Zick 2010, S. 100). Das heißt, das subjektive Gefühl, in unserer Gesellschaft benachteiligt und demnach einer Ungerechtigkeit ausgesetzt zu sein, spielt im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie neben objektiven Faktoren der Benachteiligung eine durchaus bedeutende Rolle.

Auch die Jugendforschung liefert Hinweise darauf, dass ein diffuses Bedrohungs- bzw. Benachteiligungsempfinden junger Menschen in sozial weniger privilegierten Lagen in Negativ-Stereotypisierung und Abwertung der Migrationsbevölkerung münden kann (vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2011b, Großegger 2012). Solidarität gegenüber Schwächeren scheint in Zeiten der Krise mehr und mehr zu einem Privileg jener zu werden, die eine vergleichsweise sichere und akzeptable Position auf der sozialen

Stufenleiter inne haben. Diejenigen, die sich auf der gesellschaftlichen VerliererInnenseite wiederfinden und ihre soziale Position bedroht sehen, reagieren hingegen vielfach mit offen deklariertem Ausländerfeindlichkeit. Auch Antisemitismus und mangelnde Abgrenzung gegenüber faschistischen Slogans lässt sich zum Teil beobachten – sogar bei Jugendlichen, die nicht im eigentlichen Sinne BildungsverliererInnen sind, in der öffentlichen Debatte aber zumindest nicht als die GewinnerInnen der so genannten Wissensgesellschaft gehandelt werden, nämlich Lehrlingen und SchülerInnen berufsbildender mittlerer Schulen (Institut für Jugendkulturforschung 2011b).

Vor allem benachteiligte Jugendliche, die sich in ihrem persönlichen Ringen um Zukunftschancen einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt fühlen, tendieren dazu, soziale Gerechtigkeit nach dem Anrechtsprinzip zu interpretieren, wobei diese Orientierung vielfach mit einer Abwertung von MigrantInnen bzw. einer klaren Distanzierung von der Migrationsgesellschaft einhergeht, zumal sie die traditionellen Hierarchien und damit letztlich die angestammte Ordnung bedroht, die in Zeiten des dynamisch-krisenhaften Wandels gerade für Verunsicherte einer der wenigen festen Orientierungspunkte zu sein scheint. Diejenigen, die auf den unteren Sprossen der sozialen Stufenleiter stehen, meinen häufig, die „vielen Ausländer“ würden ihnen die „guten Jobs“ wegnehmen, wie das Fallbeispiel von Rebecca zeigt. Rebecca ist 18 Jahre alt, hat bereits zweimal eine Ausbildung abgebrochen und lebt mit ihren Eltern in einer durchschnittlichen österreichischen Kleinstadt. Außer einem Pflichtschulabschluss hat sie nichts vorzuweisen. Konkrete Vorstellungen, wie es in ihrem Leben weitergehen soll, fehlen. Nur eines weiß sie sicher: den Lehrabschluss will sie irgendwann schaffen: „weil sobald ich ein Abschlusszeugnis habe, kann ich sagen, ich habe schon etwas erreicht, und ich will mit Vierzig nicht als Hilfshackler dastehen.“ Auf die Frage „Was bedeutet soziale Gerechtigkeit für dich persönlich?“ antwortet sie: „Soziale Gerechtigkeit heißt, dass wir Österreicher nicht vernachlässigt werden und dass nicht die Türken vorgezogen werden – die arbeiten nix und kriegen alles. Das finde ich unfair“ (vgl. Großegger 2014, S. 81f).

Für rechtspopulistische Politiker sind junge Menschen wie Rebecca Zielgruppe. Sie wissen mit der Verunsicherung sozial schwacher Jugendlicher zu arbeiten und sind geschickt darin, Bedrohungsgefühle, die die Zuwanderungsbevölkerung bei diesen Jugendlichen bewirkt, noch weiter zu schüren. Ob die Benachteiligung tatsächlich besteht oder vielmehr nur eingebildet ist, ist gar nicht das Thema. Es geht um etwas völlig anderes: nämlich Jugendliche, die sich – wie Rebecca – von gesellschaftlichen Entwicklungen verunsichert und um ihre Zukunftschancen betrogen fühlen, mit dem Argument der „nationalen Benachteiligung“ als Zielgruppe zu gewinnen. Bei diesem

subjektiven Benachteiligungsempfinden setzen übrigens häufig auch Mobilisierungsstrategien der rechtsextremen Jugend(sub)kultur an, insbesondere die der „Autonomen Nationalisten“. „Autonome Nationalisten“ (AN) stehen für eine neue Form des jugendsubkulturellen Rechtsextremismus, der anders funktioniert als der Nationalsozialismus, da er keine Ideologie des Herrenmenschentums und keine Blut- und Boden-Mythen vertritt, sondern für eine nationale Bevorzugung eintritt. Das heißt, hier wird nicht die Überlegenheit der eigenen „Rasse“ thematisiert, sondern für eine Besserstellung von Menschen, die aus alteingesessenen Familien stammen und sich benachteiligt fühlen, gekämpft (vgl. Willisch 2008, S. 59f). Die Rechtsextremismusprävention muss sich mit diesem Phänomen zweifelsohne beschäftigen. Es genügt nicht, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, sondern es gilt auch zu sehen, dass subjektives Bedrohungs- und Benachteiligungsempfinden ein Gefährdungspotential darstellen kann. Wenn es gelingt, der Verunsicherung gefährdeter junger Menschen etwas entgegen zu setzen und ihnen zu vermitteln, dass sie nicht benachteiligt werden, sondern ihnen Gerechtigkeit widerfährt, könnte das ein wichtiger Beitrag sein, um ein etwaiges Abdriften nach Rechtsaußen zu stoppen, wobei man freilich sehen muss, dass nicht alle, die in einer benachteiligten sozialen Lage aufwachsen, rechtsextrem gefährdet sind.

V. Generationensolidarität als Frage der sozialen Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit herzustellen, ist zweifellos eine gesellschaftliche und politische Herausforderung. Gerade, wenn es um junge Menschen geht, ist neben der Verteilungsgerechtigkeit im Hier und Jetzt auch die im Generationenvertrag angelegte, quasi zeitversetzte Tauschgerechtigkeit ein Thema, das nicht unberücksichtigt bleiben darf. Angesichts der anhaltenden politischen Debatte rund um die Sicherung des staatlichen Pensionssystems herrscht bei vielen Jugendlichen Verunsicherung. Eine 2011 durchgeführte bundesweite Repräsentativumfrage des Instituts für Jugendkulturforschung ergab, dass zwei von drei jungen ÖsterreicherInnen im Alter von 16 bis 29 Jahren Angst davor haben, später einmal eine Pension zu bekommen, von der sie nicht leben können, wobei Mädchen und junge Frauen die Angst vor Altersarmut deutlich stärker artikulieren als Burschen und junge Männer³ (Institut für Jugendkulturforschung 2011a). Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der vom österreichischen Jugendministerium beim Institut für Strategieanalysen beauftragte „Jugend-Monitor – Welle 5“, der ebenfalls 2011 Einstellungen Jugendlicher zum Pensionssystem untersuchte. In dieser Studie wurden 14- bis 24-jährige ÖsterreicherInnen befragt und

³ Während im weiblichen Segment 70,8 Prozent der Befragten 16- bis 29-jährigen die Angst, von der Pension, die sie später einmal bekommen, nicht leben zu können, als eine ihrer größten Zukunftsängste nennen, sind es im männlichen Segment lediglich 57,4 Prozent.

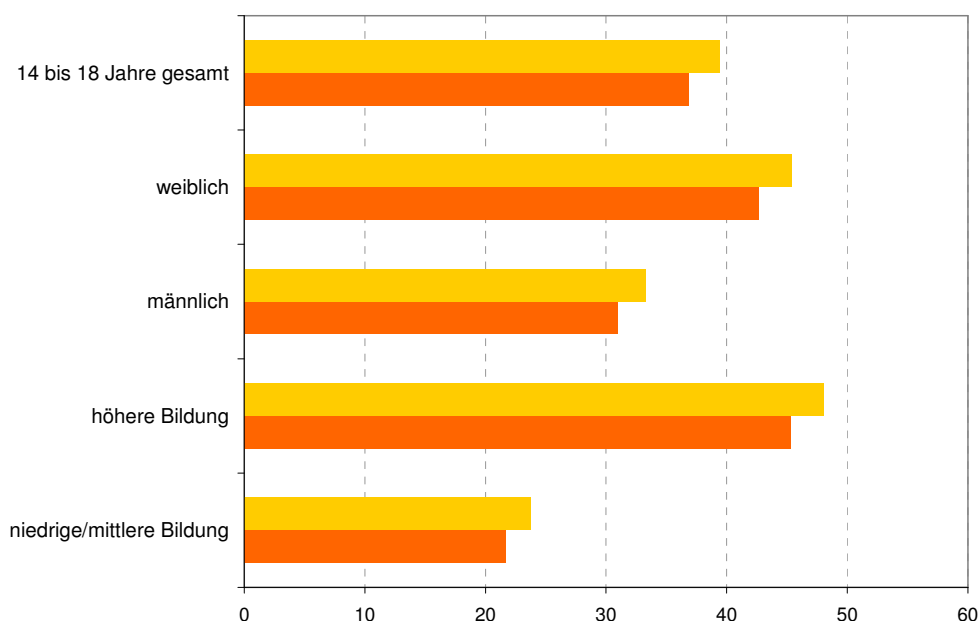
es zeigte sich auch hier, dass zwei von drei jungen ÖsterreicherInnen davon ausgehen, dass sie von ihrer Pension nicht werden leben können. Drei von vier Befragten waren darüber hinaus der Meinung, dass das österreichische Pensionssystem grundlegend reformiert gehöre (BMWFJ 2011, S. 10f).

Wie die vom Institut für Jugendkulturforschung im Jänner 2015 veröffentlichte Studie „Jugend und Politik“ zeigt, ist die Pensionsfrage bereits in frühem Lebensalter Thema und sorgt bei einem Gutteil der jungen Menschen ganz offensichtlich auch für Verunsicherung: 39 Prozent der österreichischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren haben Angst, von der staatlichen Pension, die die heute Jungen später am Ende ihres Erwerbslebens bekommen werden, nicht leben zu können. 37 Prozent haben Angst, dass es zu dem Zeitpunkt, wo sie selbst in Pension gehen werden, vielleicht gar keine staatliche Pension mehr gibt. Was auffällt, ist, dass bildungsnahe Jugendliche in dieser jungen Altersgruppe für die Problematik stärker sensibilisiert sind und zu einem deutlich höheren Prozentsatz Sorge haben, dass der Generationenvertrag nicht halten könnte bzw. dass staatliche Pensionen in einer Höhe, die die heute Jungen später einmal vor Altersarmut schützen, nicht gesichert sind (Institut für Jugendkulturforschung 2015).

Grafik 1: Die „Pensionsfrage“ – Generationengerechtigkeit aus Sicht 14- bis 18-jähriger ÖsterreicherInnen

Mir macht Angst, dass ...

- ich, wenn ich alt bin, eine staatliche Pension bekommen werde, die so niedrig ist, dass ich nicht davon leben kann
- es, wenn ich einmal alt bin, keine staatlichen Pensionen mehr gibt



Institut für Jugendkulturforschung: Jugend und Politik 2015, rep. 14- bis 18-jährige ÖsterreicherInnen, n=400, Ang. in %

Auch die drei Jahre zuvor veröffentlichte vierte österreichische Jugend-Wertestudie (Institut für Jugendkulturforschung 2012) weist in Bezug auf das Thema „Alterssicherung“ auf eine generell hohe Unsicherheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hin. Drei Viertel der jungen ÖsterreicherInnen im Alter von 14 bis 29 Jahren gaben an, der Ansicht zu sein, dass ihre Generation später deutlich weniger Pension bekommen werde, als die PensionistInnen heute, und dass Jugendliche daher früh beginnen müssten, sich um eine zusätzliche private Altersvorsorge zu kümmern. Nur jedEr Dritte der im Rahmen der Jugend-Wertestudie 2011 befragten jungen ÖsterreicherInnen war der Meinung, dass das staatliche Pensionssystem trotz allem noch immer sicherer als eine private Altersvorsorge sei. Diese Daten legen nahe, „dass sich unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen noch keine klare Strategie abzeichnet, wie mit den düsteren Zukunftsaussichten im konkreten eigenen Fall umzugehen ist“ (Heinzlmaier/Ikrath 2012, S. 77). Was hellhörig macht, ist, dass sich vor allem junge Menschen aus weniger privilegierten Milieus mit ihren Existenzängsten häufig allein gelassen fühlen. Fernab der bildungsnahen Jugend meint immerhin jedEr Zweite: „Wir Junge müssen für uns selbst sorgen, uns hilft heute keiner mehr“ (Institut für Jugendkulturforschung 2012; vgl. Tabelle 2).

Jugendliche, die in Bezug auf Alterssicherung so argumentieren, erleben sich als eine politisch marginalisierte Gruppe. Sie bemerken, dass es in unserer Gesellschaft nicht nur zahlenmäßig viel mehr Ältere als Junge gibt, sondern auch, dass in dieser Gesellschaft die Anliegen der eher kleinen Gruppe der Jungen kein großes Thema sind. Diese Jugendlichen haben das Vertrauen in eine dem Generationenvertrag zugrunde gelegte Tauschgerechtigkeit verloren, wobei ihre Kritik weniger gegen die Gruppe der PensionistInnen, sondern eher gegen die Politik, die für die Sicherung des Pensionssystems als zuständig erachtet wird, gerichtet ist.

Literatur

- Becker, J./Wagner, U./Christ, O.: Ursachenzuschreibungen in Krisenzeiten: Auswirkungen auf Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin 2010, S. 128-143.
- Bierhoff, H.W.: Einführung in die Sozialpsychologie. Weinheim/Basel 2002.
- BMWFJ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend): Jugendmonitor Welle 5. Meinungen und Einstellungen der Jugend zu Pensionen (Präsentationsfolien zur Pressekonferenz am 24.11.2011). Wien 2011.
- Bude, H.: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München 2008.
- Dalbert, C./Zick, A./Krause, D.: Die Leute bekommen, was ihnen zusteht. Der Glaube an eine gerechte Welt und die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin 2010, S. 87-106.
- Elias, N./Scotson, J. L.: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main 1993.
- Großegger, B.: Zwischen „No Future“ und „Pro Future“. Jugend und Zukunft als Thema der Sozialarbeit. In: Knapp, G./Lauermann, K. (Hg.): Jugend, Gesellschaft und Soziale Arbeit. Lebenslagen und soziale Ungleichheit von Jugendlichen in Österreich. Klagenfurt 2012, S. 628-641.
- Großegger, B.: Kinder der Krise. Berlin 2014.
- Großegger, B./Heinzlmaier, B.: Demokratie-Entfremdung. Über Motive junger Menschen, sich demokratiedistanziert zu zeigen. In: Bundschuh, S. u.a. (Hg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Schwalbach 2012, S. 137-147.
- Heinzlmaier, B./Ikrath, Ph.: Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011. Wien 2012.
- Höffe, O.: Gerechtigkeit. In: Nohlen, D./Schultze, R-O. (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe (4., aktualisierte und erweiterte Auflage). München 2010, S. 305-310.
- Institut für Jugendkulturforschung: Jugendstudie 2011: Zukunftsängste, Frauenbild, Werte (Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung) Tabellenband. Wien 2011a.
- Institut für Jugendkulturforschung: Jugend und Zeitgeist: Wie denken und leben 16- bis 19-jährige? (Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung). Tabellenband. Wien 2011b.
- Institut für Jugendkulturforschung: Jugend-Wertestudie 2011 (gefördert von: AK Wien, AK NÖ, Bundeskanzleramt, BMASK, BMUKK, OMV). Tabellenband, Wien, 2012.
- Institut für Jugendkulturforschung: Jugend und Politik 2015 (Eigenstudie des Instituts für Jugendkulturforschung) Tabellenband, Wien, 2015.

- Institut für Jugendkulturforschung/Großegger, B.: Pimp Your Life: Entrepreneurship-Education bei Jugendlichen in benachteiligten Lagen (Begleitstudie des gleichnamigen Jugendprojektes der Unruhe Privatstiftung, gefördert aus Mitteln der Erste Stiftung). Berichtsband. Wien 2012.
- Klein, A./Zick, A.: Abwertung im Namen der Gerechtigkeit. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin 2010, S. 120-137.
- Küpper, B./Zick, A.: Macht Armut menschenfeindlich? Zusammenhänge in acht europäischen Ländern. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin 2010, S. 84-104.
- Zick, A./Hövermann, A.: Keine Rücksicht auf Fremde und Hilfeempfänger. Die Folgen der Krisenbedrohung für Entsolidarisierung. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin 2010, S. 106-119.

Autorinnen-Info

Dr. Beate Großegger ist wissenschaftliche Leiterin und stv. Vorsitzende des *Instituts für Jugendkulturforschung* in Wien. Sie gilt über die Grenzen Österreichs hinaus als Expertin für junge Lebenswelten. Für ihr Engagement im Bereich gendersensitiver Jugendforschung wurde Beate Großegger 2011 mit dem Käthe-Leichter-Preis für Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt ausgezeichnet.

Sie studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit den Schwerpunkten Kommunikationssoziologie und Kommunikationspsychologie und ist seit 1996 in der Jugendforschung tätig. Seit 2001 leitet sie die Forschungsabteilung des Instituts für Jugendkulturforschung. Seit 2002 ist sie externe Lehrbeauftragte am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, seit 2005 Lehrbeauftragte am Institut für Praktische Theologie der Universität Innsbruck. Weitere Lehraufträge: Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung/Abteilung für Sozial- und Integrationspädagogik der Alpen-Adria Universität Klagenfurt (2013/14), Universitätskurs Krisen- und Suizidprävention im Kinder- und Jugendbereich an der Universität Graz (2012), Department für Politische Kommunikation an der Donau Universität Krems (2011, 2013), Institut für Islamische Religionspädagogik der Universität Wien (2008), Department für Interaktive Medien und Bildungstechnologien an der Donau Universität Krems (2006, 2008).

Aktuelle Fachpublikation:

► **Beate Großegger: Kinder der Krise, Berlin, 2014**

In ihrem Buch „Kinder der Krise“ zeigt Beate Großegger die heutige Jugend im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Krisenszenarien und hippen jugendkulturellen Trends.

Kontakt:

Dr. Beate Großegger

Institut für Jugendkulturforschung

Alserbachstraße 18/7. OG – 1090 Wien

Phone: 01/ 532 67 95

Mail: bgrossegger@jugendkultur.at

Web: www.jugendkultur.at/institut/team/beate-grossegger/

Institut für Jugendkulturforschung

Alserbachstraße 18/7.0G – 1090 Wien

Seit 2001 bietet das Institut für Jugendkulturforschung praxisrelevante Jugendforschung für Non-Profits und Social-Profits. Das Leitungsteam des Instituts ist seit zwei Jahrzehnten erfolgreich in der angewandten Jugendforschung tätig.

Das Institut für Jugendkulturforschung verfolgt einen lebensweltlichen Forschungsansatz und bedient sich neben quantitativer Verfahren auch erprobter qualitativer Methoden, die die Alltagskulturen Jugendlicher und junger Erwachsener erschließen. Die Kombination von interpretativen und statistischen Verfahren ermöglicht angewandte Jugendforschung auf hohem Niveau.

Wir sind spezialisiert auf:

- repräsentative Jugendumfragen → face-to-face, telefonisch sowie online
- qualitative Jugendstudien → fokussierte und problemzentrierte Interviews, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtungen, Online-Forendiskussionen
- Praxisforschung → summative und formative Evaluationen, Kreativ-Workshops, Werbemittel- und Homepage-Abtestungen, Mystery Checks
- Sekundär(daten)-Analysen und Expertisen zu allen Kernthemen der Jugendarbeit und Jugendforschung
- triangulative Studien-Designs → Kombination verschiedener Erhebungs- und Auswertungsverfahren, um umfassende Antworten auf die zu untersuchenden Fragestellungen zu erhalten
- Trendmonitoring
- Entwicklung empirisch begründeter Typologien als Tool der Zielgruppensegmentierung und strategischen Maßnahmenplanung

Das Institut für Jugendkulturforschung deckt ein breites Themenspektrum ab: von Themen der klassischen Jugendforschung wie Jugend und Werte, Freizeit, Politik, Arbeitswelt und Beruf, Mediennutzung etc., über Themen der Jugendarbeitsforschung bis hin zur Jugendkultur- und Trendforschung.

Tel: +43 (1) 532 67 95

Fax: +43 (1) 532 67 95 - 20

<http://www.jugendkultur.at>

E-mail: jugendforschung@jugendkultur.at